

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 18.01.2011
Sitzung Nummer:	15 ( SSKA/15/2011)
Sitzungsdauer:	17:05 - 19:10 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Raum 150

---

Edith Braun  
Vorsitzende

---

Sabine Herzog  
Protokollführerin

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Frau Edith Braun

#### Mitglieder

Herr Horst Janas

in Vertretung für Herrn Bartels

Herr Rüdiger Kloth

Herr Bernd Prange

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Peter Zimmermann

#### beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

#### sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner

Frau Grit Dräger

Frau Karin Köppe

Herr Sven Oeberst

#### Protokollführer

Frau Sabine Herzog

#### von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Frau Ulrike Bollfraß

Frau Annemarie Theil

Herr Riccardo Ulbrich

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Tiemo Schönwald

#### sachkundige Einwohner

Herr Dr. Gerd Heckenberger

Entschuldigt (Urlaub)

Herr Wolfgang Liebisch

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
  - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
  - 3 Informationen über den Fahrplanwechsel zum 10.01.2011
  - 4 Information zum Stand des Einsatzes investiver Mittel für die Errichtung von Bushaltestellen durch die Kommunen
  - 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 14. Sitzung vom 14.12.2010
  - 6 Diskussion zu Veränderungen in der Schullandschaft/alternative Schulmodelle
  - 7 Anfragen und Hinweise
- 

**Protokoll**

**zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende Frau Braun eröffnet um 17.05 Uhr die 15. Sitzung des Fachausschuss im Landratsamt Stendal, Raum 150, und begrüßt alle Anwesenden.

Die Tagesordnungspunkte 1 (Begrüßung), 3 (Informationen zum Fahrplanwechsel...), und 4 ( Informationen zum ... Einsatz investiver Mittel ... von Bushaltestellen...) werden gemeinsam mit dem Bau- und Verkehrsausschuss beraten, danach beraten beide Ausschüsse getrennt weiter. Frau Braun übernimmt mit allgemeinem Einverständnis die Leitung des gemeinsamen Teils der Sitzung.

Sie wünscht allen ein gutes neues Jahr und erfolgreiches Gelingen bei der Arbeit im Sinne der Bürger des Landkreises Stendal.

**zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung**

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Da es gemeinsame Tagesordnungspunkte zusammen mit dem Bau- und Verkehrsausschuss gibt, schlägt sie vor, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte folgendermaßen zu ändern:

TOP 3 → TOP 5

TOP4 → TOP 3

TOP 5 → TOP 4

Diese sollen gemeinsam abgearbeitet werden, danach setzen die Fachausschüsse getrennt ihre Sitzungen fort.

Sie bittet die Ausschussmitglieder um ihr Einverständnis. Sie sind 1-stimmig dafür.

Von den Fachausschussmitgliedern des Schul-, Sport- und Kulturausschusses fehlen Herr Bartels, Herr Schönwald, Herr Dr. Heckenberger und Herr Liebisch. Herr Bartels wird durch Herrn Janas vertreten. Herr Dr. Heckenberger hat sich entschuldigt.

### zu TOP 3 Informationen über den Fahrplanwechsel zum 10.01.2011

Dazu übergibt Frau Braun das Wort an Frau Dr. Bergmann.

Frau Dr. Bergmann informiert, dass der Fahrplanwechsel zum 10.01.2011 für die Schülerbeförderung ohne größere Probleme vollzogen werden konnte. Am 10.01.11 gab es kleinere Probleme, die unmittelbar gelöst werden konnten. Der Schülerverkehr laufe weitestgehend reibungslos.

In der 14.Sitzung am 14.12.2010 wurden u.a. gefordert, dass die Schulen über den anstehenden Fahrplanwechsel informiert werden sollen und dass die Schulen die Fahrpläne spätestens am 20.12.2010 erhalten, um die Schüler/innen informieren zu können.

Die Schulen erhielten mit Datum vom 15.12.2010 ein Schreiben von Frau Theil mit der Information zum Fahrplanwechsel und der Bitte, die Schüler/innen ausreichend zu informieren. Die Fahrpläne wurden den Schulen ab 17.12.2010 zur Verfügung gestellt. Sie wurden aufgefordert, den Empfang des Briefes bzw. der Fahrpläne zu bestätigen.

Frau Braun dankt Frau Dr. Bergmann für die Ausführungen und erteilt nun Herrn Rößler das Wort.

Herr Rößler dankt für die Einladung und wünscht auch erst einmal allen ein gesundes neues Jahr. Er bestätigt im folgenden alle Aussagen von Frau Dr. Bergmann und bekräftigt noch einmal, dass bis heute keine Negativmeldungen zum Schülerverkehr eingegangen sind.

Die Beförderung für die Orte Ferchels und Bölsdorf ist trotz der Hochwassersituation abgesichert.

Frau Braun dankt und stellt die Ausführungen zur Diskussion.

Herr Janas möchte wissen, wann das Problem an der Grundschule Flessau (Wartezeiten vor und nach Unterricht zu lang sowie umstiegsfreie Fahrten) gelöst wird.

Frau Dr. Bergmann antwortet darauf, dass diese Probleme nach den Winterferien abgestellt werden (14.02.2011).

Herr Wiese fragt an, wie viel denn nun der zusätzliche ÖPNV dem Landkreis kostet.

Herr Ulbrich antwortet darauf, dass man dabei sei, dies aufzuarbeiten.

Herr Rößler bestätigt, dass sein Unternehmen dabei sei, die tatsächlichen Mehrleistungen aufzulisten. Bis diese fundierten Daten nicht da sind, sollte es keine Spekulationen geben. Einfach so eine Summe zu nennen, sei nicht seriös.

Frau Braun stellt die Anfrage, ob denn nun alle Schüler im System erfasst waren oder Schüler in der Liste fehlten?

Herr Rößler antwortet darauf, dass die Schüler der 11. und 12. Klassen und Berufsschüler sehr schwer zu erfassen sind, da sie mal fahren und mal nicht, das eigene Auto nehmen, Monatskarten bestellen, sie aber dann doch nicht bezahlen. Schätzungsweise sind es 350 – 400 Schüler, die sich als Selbstzahler auf verschiedene Linien verteilen.

Frau Bollfraß macht dazu folgende Anmerkungen: Gemäß § 71 des Schulgesetzes des Landes Sachsen Anhalt ist der Landkreis Träger der Schülerbeförderung im gesamten Landkreis Stendal. Ein unentgeltlicher Beförderungsanspruch gilt nur für die im Kreisgebiet wohnenden Schüler/innen der Klassen 1 -10.

Gemäß § 3 der Satzung Schülerbeförderung ist bei einer Auslastung der Gesamtplatzanzahl von 75 % das Fahrzeug als überfüllt anzusehen.

Bei dem vorherigen Busunternehmen „Altmarkbus“ ist für die 11. und 12. Klassen reichte dieser Puffer vollkommen aus. Bei dem neuen Busunternehmen nicht.

Bei der Ausschreibung im Jahr 2009 hat man an sich an das „Wittenberger Modell“ gehalten.

Hier werden nur Schüler erfasst, die anspruchsberechtigt sind.

Frau Braun ergänzt, dass seit 1. August 2009 das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen – Anhalt in Kraft ist. Demnach haben die Schüler/innen der 11. und 12. Klassen einen Anspruch auf Kostenerstattung für Fahrten im ÖPNV zwischen Wohnung und Schule abzüglich eines jährlichen Eigenanteils von 100,00 €.

Frau Bollfraß erläutert weiter, dass man allen Schüler/innen in allen Gymnasien des Landkreises gemeinsam mit stendalbus angeboten hatte, für die Monate Dezember und Januar Monats- bzw. Wochenfahrkarten zu bestellen. Diese wurden ihnen in der Schule verkauft.

Der Verkauf wurde nicht besonders gut angenommen. Es wurden lediglich 93 Fahrkarten bestellt und nicht mal alle bezahlt, damit auch nicht abgeholt.

Die Zahlen von Herr Rößler liegen bei ca. 300 Schüler/innen, die gefahren sein müssten.

Es ist sehr schwierig, die genaue Zahl dieser Fahrschüler zu erfassen. Daraus resultierte auch, dass letztendlich mehr Fahrschüler auf den Bussen waren.

Frau Braun forderte in der letzten Sitzung des Fachausschusses, dass noch einmal alle Berufsbildenden Schulen und Gymnasien des Landkreises eine Information erhalten, in der auf die Abrechnung der Schülerfahrtkosten für die Sekundarstufe II hingewiesen wird. Dies ist mit Datum vom 18.01.11 erfolgt.

Für Herr Kloth sind die gegebenen Antworten nicht zufriedenstellend. Man sollte sich die gemachten Fehler ehrlich eingestehen. Er ist der Meinung, dass die Zahl von 300-400 Fahrschülern o.g. Schulen durchaus vergessen wurden. Man könne doch wohl die Zahlen an Hand der Klassenteiler und Zügigkeit der Schulen bestimmen. Zumindest hätte ein Puffer mit drin sein müssen.

Frau Dr. Bergmann antwortet darauf, dass diese Gruppe der Schüler/innen in den ganzen vergangenen 19 Jahren für die Planung der Schülerbeförderung keine Rolle gespielt hat. Man habe aber nicht vorsätzlich gehandelt und die Zahlen etwa deshalb nicht berücksichtigt.

Keiner von der Verwaltung habe bisher so einen Systemwechsel gemacht, obwohl hinter der Tätigkeit von Frau Bollfraß schon 2 Jahrzehnte Erfahrungen stehen. Die Erkenntnis ist jetzt da:

„Wir können es nur für das nächste Schuljahr besser machen.“

Dann soll ein gewisser Prozentsatz der Elft- und Zwölfklässler, von denen man dennoch nicht wisse, ob sie den Schülerverkehr nutzen, in die Planungen der zu befördernden Zahl von Schülern eingerechnet werden.

Frau Bollfraß erläutert noch einmal am Beispiel der Bestelllisten im Winckelmann Gymnasium, dass von den Schülern, die Fahrkarten bestellt haben, noch nicht einmal 50 % diese auch gekauft und abgeholt haben. Sie beschreibt anhand der Erfahrungen, dass noch nie alle Schüler/innen, die theoretisch mit dem ÖPNV fahren könnten, diesen auch nutzen. Eine Schülerzahl zu definieren ist einfach schwierig bzw. nur bedingt aussagekräftig.

Frau Braun sagt dazu, dass Erfahrungswerte gut sind. Aber sie ist trotzdem der Meinung, dass man diese Zahl hätte wissen müssen. Man sollte sich den Fehler eingestehen.

Frau Dr. Bergmann äußert, dass im gesamten Verfahren auch nicht durch das Büro, dass die Verwaltung begleitete und beraten hat, Zahlen in dem konkreten Sinne abgefordert wurden, wie sie heute eingefordert werden.

Herr Wiese weist diese Aussage ab, denn in den vergangenen Sitzungen des Fachausschusses wurde auf viele Sachen hingewiesen. Er ist der Meinung, dass vieles nicht bedacht wurde und alle froh sein können, dass kein Unfall passiert ist. Er fordert, dass alle Probleme aufgearbeitet werden und spricht dem Landkreis eine Inkompetenz im ÖPNV-Systemwechsel zum 01.11.2010 aus.

Er fragt weiter an, wie das Problem der Linienbusse für ältere Bürger gelöst wird, die zwecks Arztbesuche oder zum Einkaufen die Stadt erreichen wollen.

Herr Ulbrich bittet darum, diese Frage unter dem Tagesordnungspunkt 4 zu beantworten.

Herr Rößler schätzt ein, dass 2 kritische Monate hinter uns liegen und dass den Schülern und Eltern bezüglich der Schülerbeförderung viel zugemutet wurde. Das tut ihm leid, aber gegenseitige Schuldzuweisungen bringen niemanden weiter.

Der komplette Systemwechsel zum 01.11.10 war extrem und zeigt uns, dass zukünftig ein besseres Datensystem notwendig ist. Es sei zum Beispiel dringend erforderlich, dass die Aussagen zur Entwicklung der Schülerzahlen nicht erst im Mai gegeben wird, sondern schon früher. Man könne dann die Schülerströme erkennen und rechtzeitig die Kapazitäten planen. Der neue Fahrplan müsste jetzt schon begonnen werden, d.h. als erstes in den Grundschulen.

Eine Terminalschiene muss erarbeitet werden, dazu müsste es rechtzeitig Gespräche im und Daten vom Schulamt geben.

Eine vernünftige "Datenbasis" sei wichtiger denn je, alles sei nun strenger zu kalkulieren.

Herr Kloth sagt, die Aussagen sind völlig richtig.

Bei bestimmten Schülerzahlen muss der prozentuale Anteil angesetzt werden.

Sein Vorwurf ist, dass bei den Schülern der 11./12. Klassen 0 Prozent angesetzt wurden.

Frau Theil entgegnet, der Vorwurf ist berechtigt, man hätte die Schüler der Sekundarschule II prozentual schätzen können und nicht mit 0 rechnen dürfen.

Dieser Fehler ist gemacht worden. Es können aber auch nicht alle Schüler einbezogen werden.

Dieses sind aber keine hausgemachten Probleme, sondern es müssen dazu entsprechende Daten vom Kultusministerium und vom Landesverwaltungsamt zur Verfügung gestellt werden.

Und das ist wiederum nur über den Spitzenverband möglich.

Frau Braun dankt für die Selbsteinschätzung und beendet den Tagesordnungspunkt 3.

#### **zu TOP 4 Information zum Stand des Einsatzes investiver Mittel für die Errichtung von Bushaltestellen durch die Kommunen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt Frau Braun das Wort an Herrn Ulbrich.

Herr Ulbrich greift als erstes die Frage von Herrn Wiese auf und berichtet, dass der Linienverkehr für den Jedermannverkehr zum 14.02.2011 geändert wird.

Danach werden für jeden Dienstag und Donnerstag, egal, ob Schul- oder Ferienzeit feste Liniefahrten angeboten. An allen anderen Tagen stehen zeitgleich Rufbusse bereit.

Er erläutert im folgenden die internen Arbeitsmaterialien:

- Prioritätenliste für die ÖPNV-Investitionsmaßnahmen 2011 (Entwurf)
- Durch den Landkreis geförderte ÖPNV-Investitionen 2009-2011

die den Mitgliedern des Fachausschusses vorgelegt wurden.

Er gibt den Hinweis, dass die Meldung der Investitionsmaßnahmen aus der Verbandsgemeinde Seehausen noch fehlt (siehe Nr.9).

Im Vorjahr konnten Fördermittel des Landes gemäß § 8 ÖPNVG LSA in Höhe von 100 T€ in Anspruch genommen werden.

Diese 100 T€ wurden im vorliegenden Entwurf für die Maßnahmen 1-9 angesetzt.

Die Förderhöhe in diesem Jahr ist noch nicht bekannt.

Frau Braun dankt Herrn Ulbrich für die Ausführungen und betrachtet es als sehr positiv, dass das Land so ein Investitionsprogramm auferlegt hat.

Sie bittet um Diskussionsbeiträge dazu.

Frau Schwarz stellt die Anfrage, ob hier nur geförderte Maßnahmen erfasst sind, oder ob noch andere Maßnahmen dazu kommen, wie z.B. die Haltestelle Osterburg/Krumker Straße?

Herr Ulbrich erklärt, dass die Bereiche Osterburg und Seehausen noch nicht abschließend gemeldet haben, so dass es noch weitere Projekte geben wird.

Als zusätzliche Maßnahme wird z.B. der Wetterschutz an der Wischelandhalle Seehausen geplant.

Frau Braun hält diese Maßnahme für dringend erforderlich, da an der Wischelandhalle viele Busse und damit viele Kinder ankommen.

Vielleicht kann man auf lange Sicht auf dem Gelände der ehemaligen Sekundarschule Seehausen später auf Grund des größeren Platzangebotes den Busverkehr ausdehnen.  
Dieses ist aber nur ein Gedanke und soll heute nicht weiter diskutiert werden.

Da es keine weiteren Diskussionsbeiträge gibt, richtet sie den Dank an die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und dankt für die Teilnahme am gemeinsamen Fachausschuss.  
Sie verabschiedet diese und verweist darauf, dass die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses im Raum 06 im Altbau fortgesetzt wird. Der Schul-, Sport- und Kulturausschuss verbleibt im Raum 150 und setzt hier die Sitzung fort.

Sie schließt den Tagesordnungspunkt 4.

#### **zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 14. Sitzung vom 14.12.2010**

Da es keine Anmerkungen gibt, gilt die Niederschrift der 14. Sitzung vom 14.12.2010 als festgestellt.

#### **zu TOP 6 Diskussion zu Veränderungen in der Schullandschaft/alternative Schulmodelle**

Frau Braun erteilt dazu das Wort an Herrn Oeberst.

Herr Oeberst trägt als Lehrer, GEW-Vorsitzender und sachkundiger Einwohner Überlegungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu alternativen Schulmodellen vor. Angeregt von Herrn Schönwald diskutiere man im Schulausschuss seit April 2010 über Lern-Alternativen in der vom demografischen Wandel betroffenen Altmark. Dazu gab es bisher mehrere andere Anhörungen und Veranstaltungen, aber man komme hier einfach nicht weiter.

In Vorbereitung der Landtagswahlen am 20.03.2011 tut sich nun ein Zeitfenster auf, wo man sich die Fragen stellt:

Welche Erwartungen sollte man haben ?

Welche Alternativen könnten machbar sein?

Wie sollten die Alternativen strukturiert sein?

Gibt es Auswirkungen positiver Art z.B. bei der Schülerbeförderung?

Die Idee ist, an ausgewählten Sekundarschulen die Möglichkeit zu schaffen, das Abitur abzulegen.

Eine solche "Gemeinschaftsschule" mache besonders in Seehausen, Tangerhütte und Bismark Sinn, also überall dort, wo es kein Gymnasium mehr gebe bzw. die Wege zu einer höheren Schule doch recht weit seien. Natürlich dürfe keine andere Einrichtung durch dieses Modell gefährdet werden.

Die entscheidende Frage ist die der Schülerzahlen und man müsste prüfen, ob diese ausreichend sind für die Gemeinschaftsschulen. Zur Zeit ist die Schulentwicklungsplanung von 2009/10 bis 2013/14 gültig .

Man müsste z.B. spätestens 2013 die Auswirkungen auf das Markgraf – Albrecht - Gymnasium Osterburg, das Diesterweg – Gymnasium Tangermünde - Havelberg und das Hildebrand - Gymnasium Stendal überprüfen.

Diese Überlegungen und Erwartungen wolle man nun über die Gewerkschaft an die Landtagsfraktionen herantragen, wobei sich dann die Frage stellt:

Will man das überhaupt?

Frau Braun findet die Gedanken sehr interessant, nicht zuletzt mit Blick auf den Landes-Bildungskonvent, der bekanntlich von „erweiterten Sekundarschulen“ gesprochen habe.

Vielleicht gibt es z.B. hinsichtlich der Schülerbeförderung tatsächlich Einsparmöglichkeiten und andere Zeitrahmen. Es sollte sachlich darüber diskutiert werden.

Herr Prange bittet darum, nach den vielen Reformen in der Vergangenheit und nach dem Ärger mit der Schülerbeförderung die Kinder und Eltern erst einmal zur Ruhe kommen zu lassen. Wir sollten mit dem zufrieden sein, was wir haben. Für ihn ist ein neues Bildungswesen erst einmal außen vor. Seiner Meinung nach funktioniert das nicht, zumal wieder investiert werden müsste, und dafür seien keine Gelder da.

Herr Kloth steht dem längeren gemeinsamen Lernen skeptisch gegenüber. Zumindest sollte erst einmal ein Konzept erarbeitet sein. Man sollte sich vielleicht zuerst, wie vormals diskutiert, mit dem "kleinen Modell" der Sekundarschule Diesterweg beschäftigen. Seehausen als "Testregion" für eine Gemeinschaftsschule vorzusehen, hält er für schwierig, da hier die Fronten bei den Eltern seit Jahren verhärtet sind. Er sagt: "Hier komme man 7 Jahre zu spät."

Frau Braun meint, mit der neuen Schülerbeförderung habe auch eine neue Zeitrechnung begonnen. Die Schulentwicklungsplanung habe uns allen sehr weh getan und die Kinder im ländlichen Raum seien durch die langen Schulwege benachteiligt. Ziel sollte es zukünftig sein, kürzere Wege zu organisieren. Sie verspricht sich vom längeren gemeinsamen Lernen, mehr Kinder zum Abitur zu bringen.

Herr Zimmermann meint, man könne heute und morgen keine Festlegungen treffen. Dass im Schulausschuss seit April 2010 darüber diskutiert wird, sei richtig. Aber man könne überhaupt nicht die Meinungen der Eltern, der Lehrer, des Landesverwaltungsamtes und der Ministerien dazu.

Er fragt an, wie überhaupt der Stand des Klageverfahrens ist, die Kinder der 7. und 8. Klassen in Seehausen zu beschulen?

Frau Theil wird sich danach im Rechtsamt bei Frau Fürstenberg erkundigen.

Frau Dräger ist auch der Meinung, man solle sich dem längeren gemeinsamen Lernen nicht verschließen und offen darüber diskutieren. Es wäre wünschenswert, den Schülern kurze Wege und das Abitur an Schwerpunkten zu ermöglichen, aber es ist auch schwer, etwas zu ändern. Es kostet viel Kraft, neue Wege zu gehen. Schon das „Selbstorientierte Lernen“ (SOL) an der Sekundarschule "Diesterweg" war schwer umzusetzen.

Wenn es um andere Inhalte geht, neigt man dazu, auf andere Länder, wie z.B. Finnland zu verweisen. Aber zur bundesdeutschen Schullandschaft gehört z.B. auch die Janaplan-Schule Jena, wo die Kinder von der Vorschulgruppe bis zum Abiturjahrgang gemeinsam leben und lernen. Die Form als Sekundarschule würde bestehen bleiben als „erweiterte Sekundarschule“. Man müsste dafür offen sein und in die Schulen hineingehen. Das wäre der 1. Schritt. Nachfolgend müssten viele Faktoren geklärt werden, z.B. die Stellung des Schulleiters dazu, verschiedene Kurse gleichzeitig, bauliche Veränderungen u.a. Heute können dazu, wie Herr Zimmermann schon gesagt hat, keine Festlegungen getroffen werden.

Frau Braun befürwortet die offene Diskussion und erteilt nun das Wort an Frau Schwarz.

Frau Schwarz findet den Ansatz fatal. Sie höre immer nur das Wort „Einsparmöglichkeiten“. Bereits im Jahr 2005/06 habe man versucht, in Tangerhütte eine Integrierte Gesamtschule (IGS) zu schaffen, aber die Eltern wollten das nicht. Weiterhin sollte man bedenken, dass es seit der Wende vier verschiedenen Schulmodelle gab. Die Schullandschaften sollten so bleiben, wie sie sind. Die Eltern wollen klare Strukturen, Ruhe und Qualität in den Schulen.

Sie hinterfragt auch die ausgelagerten 5. und 6. Klassen des Markgraf – Albrecht - Gymnasiums Osterburg am Standort Seehausen und sieht das als Mutter kritisch.

Herr Dr. Richter-Mendau meint, dass es viele Betrachtungsweisen gibt.

Das Zeitfenster kurz vor die Wahlen zu legen, sei seiner Meinung nach ein völlig falscher Ansatz, gar nicht einzuhalten und durchsetzbar.

Zuallererst müssten für eine höhere Qualität in den Schulen die Lehrer selbst besser qualifiziert sein, bevor, wenn überhaupt an den Strukturen gerüttelt werden dürfe.

Die Problematik der Räume erhebe hier den geringsten Anspruch, denn es genügt nicht, nur den Standort zu haben. Die Qualität des Unterrichtes ist entscheidend und hier werden besonders hohe Anforderungen an die Lehrer selbst gestellt.

Dieses sei auch in den Empfehlungen des Bildungskonvents so nachzulesen.

Herr Oeberst antwortet darauf, dass viele seiner Kollegen die gleiche Ausbildung haben.

Aus dem Bildungskonvent heraus gibt es viele Ansatzpunkte.

Die entsprechenden Rahmenbedingungen müssen natürlich geschaffen werden, und es spielen dort sicher auch die Unterrichtsmethoden mit hinein.

Es gibt seiner Meinung nach Alternativen, aber die Frage ist: Was wollen wir davon?

Frau Braun gibt Herrn Oeberst dahingehend Recht, dass es nicht verboten ist, über neue Dinge nachzudenken.

Wir wollen hier eine offene Diskussion und keine Selbstdarstellung.

Sie selbst ist vom Ergebnis des Bildungskonvents enttäuscht, da offensichtlich nicht am System gerüttelt werden soll.

Fakt ist, dass unser Bildungssystem nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht .

Herr Wiese bittet darum, 4 Punkte zu bedenken:

1. Wird es auf Grund der demographischen Entwicklung zu gravierenden Änderungen kommen?
2. Die Diskussion ist sehr gut, über andere Wege nachzudenken, aber man sollte von Anfang an andere Leute mit ins Boot holen, in kleinsten Gruppen anfangen, Ideen zu entwickeln und die ganze Problematik langsam wachsen lassen.
3. Das Interesse der Eltern zu wecken, wird sehr schwer sein, denn 50% der Eltern haben zu wenig Interesse an den Kindern und eine „Null – Bock - Stimmung“.
4. Eltern sind auch der Meinung, dass „die Lehrer nichts taugen“.

Auf jeden Fall sollte zuerst an den Schulleiter und die engere Schulleitung herangetreten werden.

Frau Dräger erklärt, dass es nicht nur um die Räume gehe und alles verändert werden muss, sondern viel mehr gehe es darum, dass die Schüler selbst in Aktion treten und eine bessere Bildungsqualität erreicht wird. Die Frage ist doch, was können wir in unserem dünn besiedelten Raum tun? Gleich zum Privatgymnasium zu gehen oder nach Wittenberge kann nicht die Lösung sein. Sie setzt sich jedenfalls dafür ein, andere zu motivieren, dass es auch anders geht.

Herr Dr. Richter-Mendau möchte nicht missverstanden werden.

Die Frage mit den Räumen ist nur ein Argument und die Bemerkung mit den qualifizierten Lehrern möchte Herr Oeberst nicht persönlich nehmen. Es genügt nicht, nur den Namen und die Struktur zu ändern, sondern man muss sich die Frage stellen, ob die Lehrer in der Lage sind, den Schulstoff zu vermitteln. Die Qualifikation muss anders werden und dazu sollte man zum Vergleich andere Partner mit heranziehen.

Auf alle Fälle haben die Eltern Mitspracherecht und die Pädagogen können nicht alleine „den Ton angeben.“ Die Aussagen von Herrn Wiese hält er für völlig richtig.

Frau Braun merkt an, dass man sich die Schulsysteme seit 1992 nicht ausgesucht habe, sondern diese von der alten Bundesrepublik übernommen wurden. Es gab mehrere Änderungen, aber Fakt ist, dass die Eltern nach der neuesten Umfrage der CDU zu 80 % das Schulsystem beklagen.

Tatsache ist auch, dass 2010 im Vergleich zu 2009 wieder mehr Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Schulabschluss verlassen haben. Damit ist Sachsen- Anhalt das Schlusslicht in Deutschland.

Frau Schwarz antwortet darauf, dass die Eltern nicht das Schulsystem beklagen, sondern die Qualität des Unterrichts.



Frau Braun ist die große Unzufriedenheit bekannt, kennt die politische Landschaft und ist deshalb der Meinung, dass man in Vorbereitung der Landtagswahl aktiv werden sollte, weil das für künftige Koalitionsverhandlungen ausschlaggebend sein könnte.

Herr Kloth meint, wir sollten keine Spekulationen über die Landtagswahl machen, sondern lieber das „Selbstorientierte Lernen“ als kleines Modell umsetzen.

Es wurde erwähnt, dass einige Schüler erwägen, in das Nachbarland Brandenburg nach Wittenberge zu gehen, weil es entfernungsstechnisch günstiger und besser für sie ist.

Es geht hier aber nicht nur um die Entfernung, sondern darum, dass der Unterricht hier pädagogisch ausgerichtet ist und das Lernen Spaß macht.

Frau Braun erwähnt, dass im Land Brandenburg sechs Jahre gemeinsam im Klassenverbund gelernt wird und dass sich dieses Schulsystem dort gefestigt hat.

Herr Kloth sagt, dieses System können wir nicht anpacken.

Frau Schwarz macht den Vorschlag, einen Referenten „wertneutral“ bei einer erweiterten Kreis-Elternratssitzung über Bildungskonvent und Alternativen reden zu lassen. Dort lasse sich schon einmal „gut vorfühlen“, was Eltern so denken. Auch müssten die Schulleiter unbedingt mit einbezogen werden.

Frau Dr. Bergmann erklärt, dass das Fachamt bei der Vorbereitung hilft, aber der/die Referent/in müsse durch den Kreiselternrat vorgeschlagen werden.

Frau Braun fasst zusammen, dass der Vorschlag von Frau Schwarz Zustimmung findet. Das Fachamt sollte bei der Vorbereitung helfen und Unterstützung geben.

Da es keine weiteren Diskussionsbeiträge gibt, beendet sie den Tagesordnungspunkt 6.

## **zu TOP 7 Anfragen und Hinweise**

Frau Braun verliest einen Brief vom 18.01.2011 an die Kultusministerin Frau Prof. Dr. Wolff, die beweglichen Ferientage betreffend.

Frau Schwarz bemerkt, dass die Schule grundsätzlich nach den Ferien montags beginnen sollte.

Herr Dr. Richter - Mendau fragt an, wer eigentlich bestimmt, welche Schule eine Ganztagschule wird?

Frau Theil antwortet darauf, das Landesverwaltungsamt und das Kultusministerium.

Dr. Richter-Mendau fragt weiter, wer dieses beantragt?

Herr Oeberst antwortet darauf, dass die Schule den Antrag stellt.

Es habe in den letzten vier Jahren keine Zustimmung mehr zu Ganztagschulen gegeben, da es keine Einstellung mehr von pädagogischen Mitarbeitern gibt.

Frau Dr. Bergmann ergänzt, dass die Schule von sich aus über die Gesamtschulkonferenz den Antrag stellen kann. Die Zusammensetzung der Gesamtschulkonferenz bestehe dabei nicht nur aus Lehren, sondern auch aus Schülern und Eltern.

Frau Braun bestätigt, dass die Beantragung nur über eingereichte Konzepte erfolgen kann und dass darüber dann das Land befände. Entscheidend dabei sei die Personalfrage.

Herr Wiese äußert noch einmal Bedenken, die Diskussion über den Bildungskonvent und Alternativen gleich im Kreiselternrat zu führen.

Er erachtet es für sinnvoller, zuerst im kleinen Rahmen zu diskutieren und die Schulleitung zu überzeugen. Es sei taktisch klüger, erst mit den Personen zu reden, die es letztendlich umsetzen sollen.

Frau Braun ist auch dafür, erst kleine Runden zu bilden und dann die Eltern mit dazu zu holen.

Frau Theil bekräftigt, dass wir unbedingt die Eltern dazu brauchen.

Herr Zimmermann sagt aber, wenn der Schulleiter dagegen ist, kommen wir auch nicht weiter.

Frau Braun äußert, es sei erst einmal wichtig, Überzeugungsarbeit zu leisten.

Da es keine weiteren Anfragen und Hinweise gibt, schließt Frau Braun den Tagesordnungspunkt 7 und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.